

# RATHAUSREPORT

## Auf Treibsand gebaut

*Zukunft für das Rechenzentrum bleibt auch kurzfristig ungewiss*

Eigentlich schien alles schon klar zu sein vor Beginn der Stadtverordnetenversammlung am 08. November. Bereits im Juli hatte DIE LINKE einen Antrag eingebracht, mit dem dem Rechenzentrum eine Bestandsgarantie von zumindest 5 Jahren gesichert werden sollte. Im Ergebnis der Gespräche mit der Stiftung Garnisonkirche hatte auch der Oberbürgermeister eine eigene Vorlage eingebracht. Und am 1. November hatte sich der Hauptausschuss auf einen von allen Fraktionen mitgetragenen Kompromiss verständigt. Die Bestandsgarantie für das Kunst- und Kreativhaus sollte bis Ende 2023 gelten. Weiterhin sollten in einem ergebnisoffenen Szenario-Workshop die Potenzialflächen rund um die Plantage - ausdrücklich unter Einbeziehung des



*In enger Nachbarschaft: Rechenzentrum und Turmbaustelle*

*Foto: SW*

Rechenzentrums selbst, der Planungsfläche für das Kirchenschiff sowie den langen Stall und die alte Feuerwache - daraufhin untersucht werden, wie eine dauerhafte Lösung für die Künstler und Kreativen aussehen könnte. Soweit - so gut. Umso überraschender kam dann der Vorstoß von SPD, CDU und Grünen in der SVV, sie alle hatten im Hauptausschuss noch hinter dem Kompromiss gestanden. Mit der neuen und schließlich durch die Mehrheit der Stadtverordneten gegen die Stimmen von LINKEN und DIE ANDERE auch beschlossenen Fassung ist die Zukunft des Rechenzentrums wieder komplett ungewiss. "Längstens bis Ende 2023" darf das Rechenzentrum nun stehen bleiben - der Abriss ist damit im Prinzip beschlossen. Aber längstens heißt eben auch

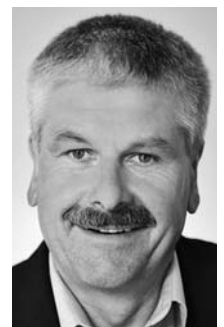
- der Rausschmiss kann jederzeit erfolgen, auch schon nächste Woche oder nächsten Monat. Der Szenario-Workshop soll sich nun "insbesondere mit dem Langen Stall und der Alten Feuerwache" befassen. "Ergebnisoffen" sei da nichts mehr, kritisierte Hans-Jürgen Scharfenberg für DIE LINKE. Die Selbstbeschränkung sei unnötig und falsch

- ebenso wie die Begrenzung der Standzeit des Rechenzentrums. Niemand könne ernsthaft annehmen, dass in fünf Jahren mit dem Bau des Kirchenschiffs begonnen werden könne. Die im Beschluss geforderte Alternative sei illusionär - derzeit gibt es weder eine planerische Grundlage noch eine finanzielle Untersetzung dafür. Auf die Frage von Stefan Wollenberg (DIE LINKE), was denn eigentlich passiere, wenn diese beschlossene Alternative 2023 nicht wie gefordert zur Verfügung stehe, blieben die Antragsteller die Antwort denn auch folgerichtig schuldig. Einmal mehr unterliegen die Interessen jener, die dort in kurzer Zeit einen lebendigen, attraktiven Ort geschaffen haben, der über eine große und positive Ausstrahlung in die Stadt verfügt.

## Mit auf den Weg...

*Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer,*

*bei einigen Themen ist sich die frühere burgerliche Rathauskooperation aus SPD, CDU und Grünen immer wieder einig. Das gilt auch für den umstrittenen Wiederaufbau der Garnisonkirche. Die Garnisonkirchens-tiftung muss sich mit dem Rechenzentrum arrangieren, nachdem der eigentlich geplante Abriss dieses Gebäudes durch die Umwandlung in ein Kunst- und Kreativzentrum vorerst verhindert worden ist. Dieses Nebeneinanderbestehen ist eine echte Chance, mehr Akzeptanz für den Wiederaufbau des Turms der Garnisonkirche zu gewinnen. Deshalb sollte eine offene Diskussion geführt werden über die weitere Entwicklung und Nutzung der Flächen an der Plantage nicht nur mit dem Langen Stall, der alten Feuerwache, sondern auch mit dem Grundstück, auf dem das Kirchenschiff stand und dem Rechenzentrum. Nur so wird es möglich sein, eine dauerhafte Grundlage für ein Kunst- und Kreativzentrum in der Stadtmitte zu schaffen. Das sehen SPD, CDU und Grüne allerdings anders. Indem sie das Rechenzentrum längstens bis 2023 stehen lassen wollen, fassten sie faktisch einen Abrissbeschluss, den wir nur ablehnen konnten. Damit kippten sie die Empfehlung des Hauptausschusses, die von der Linksfraktion unterstützt worden ist. Durch dieses engstirnige Vorgehen insbesondere der SPD ist die Chance verspielt worden, dieses Vorhaben auf eine breitere Grundlage zu stellen. Schade*



*Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg*



## Ein weiteres Zeichen für Chancengleichheit

*Dass sich Die LINKE die Gleichberechtigung von Frauen und Männern nicht nur auf die Fahnen geschrieben hat, ist auch deutlich an der Frauen"quote" in der Stadtfraktion zu erkennen: Wir sind 7 Frauen und 7 Männer. Dass die Partei DIE LINKE jedoch die bekannte und parteilose Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt Frau Trauth-Koschnick als ihre Kandidatin für das 2018 neu zu besetzenden Oberbürgermeisteramt benennt, zeugt von der tief verwurzelten Überzeugung, dass Frauen durchaus bereit und in der Lage sind, die Geschicke der Stadt zu lenken. Dies zeigt mir, dass DIE LINKE auch hier als Vorbild voran geht.*

*Und das nicht nur, indem sich bisher nur diese eine Frau als Kandidatin zur Oberbürgermeisterwahl stellt, sondern auch, dass es keinen internen Kampf um das Amt gibt.*

*Ich hoffe, dass die Bürgerinnen und Bürger, die Wählerinnen und Wähler dies als klares Bekenntnis zur Geschlossenheit und als Wille zur Veränderung in unserer Stadt aufnimmt. Ich denke, dass unsere OB-Kandidatin die Chance verdient hat, die erste Frau auf dem Oberbürgermeisterstuhl nach Brunhilde Hanke (1961 bis 1984) zu werden, und sogar die erste parteilose Oberbürgermeisterin in der Geschichte der Landeshauptstadt.*

André Noack

# Moratorium für den Seesportklub

*Nutzungsvertrag läuft zum 31.12.2017 aus*

Die Wellen schlagen hoch am Babelsberger Havelufer. Um einen historischen Rundweg, den sogenannten "Drive" im Babelsberger Park originalgetreu wieder herstellen zu können, beabsichtigt die Schlösserstiftung weitgehende Eingriffe in die bestehende Nutzungssituation. Der dort im Eingangsbereich seit über 60 Jahren ansässige Seesportklub soll nach ihrem Willen zum Jahresende das Feld räumen. Nicht, weil die Stiftung das Klubgelände selbst benötigt - sie will es mit der Stadt tauschen gegen das Grundstück des Strandbades Babelsberg, das umziehen soll. Denn von dessen Grundstück benötigt die Stiftung einige wenige Meter, um den oben erwähnten Kiesweg wieder herstellen zu können. Dagegen machen die Sportler des Klubs, aber auch immer mehr Stadtverordnete Front. Man könne doch nicht ernsthaft ein paar Meter Kiesweg gegen eine Sportstätte für Kinder und Jugendliche und ein sehr beliebtes Strandbad eintauschen wollen und dafür auch noch in Größenordnungen städtisches Geld ausgeben, erklärte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Stefan Wollenberg, bei einem Vor-Ort-Termin mit dem rbb am 22. Oktober. Wegen eines neuen Wegeverlaufs kämen weder mehr noch weniger Touristen in den Park. Dieser solle und müsse auch weiter ein Ort zum Leben für die Potsdamerinnen und Potsdamer sein. So sei der Stadt zwar vor-

zuwerfen, dass sie sich auch in Kenntnis der vertraglichen Regelungen nicht um ein Ausweichquartier für den Seesportklub bemüht habe - andererseits müsse es auch möglich sein, die zwanzig Jahre alte Vereinbarung noch einmal grundsätzlich zu hinterfragen. Folgerichtig brachte DIE LINKE einen Antrag in die SVV ein, mit dem ein Moratorium für den Seesportklub und das Strandbad durchgesetzt werden soll. Da ein Umzug des Strandbades derzeit weder planerisch noch finanziell untersetzt sei und die Stiftung das Klubgelände nur als "Tauschmasse" benötigt, gibt es derzeit keinen Grund, den Status quo zu ändern. Einem Flächentausch soll der Oberbürgermeister nur zustimmen, wenn eine einvernehmliche Lösung gefunden ist, die beiden Einrichtungen einen Verbleib am Standort ermöglicht. Obwohl auch die SPD einen sehr ähnlichen Antrag einbrachte, wurde eine Behandlung im Hauptausschuss beantragt. Die Seesportler hoffen nun auf eine zügige Erledigung in ihrem Sinne.



Der Seesportklub am Babelsberger Havelufer Foto: SW

## Fragen - Antworten

### Flyer zu 750 Jahre Groß Glienicke

Anlässlich des 750jährigen Ortsjubiläums von Groß Glienicke in diesem Jahr hätten zahlreiche öffentliche Aktivitäten auch das Interesse an der Kunst im öffentlichen Raum, z.B. an der Uferpromenade gestärkt. Dazu hätte vor allem auch ehrenamtliches Engagement beigetragen. Dr. Karin Schröter (DIE LINKE) will deshalb wissen, ob die Bewerbung von Sehenswertem und die Information von Besucher\_innen des Ortsteils mit einem Flyer unterstützt werden könnte. Der Oberbürgermeister Jann Jakobs teilt mit, dass er sich das gut vorstellen könnte und für einen geeigneten Weg hält. Er verweist allerdings drauf, dass es sich dabei um eine originäre Aufgabe der Ortsbeiräte handele, in die sich die Stadt nicht einmischen dürfe und wolle. Entsprechende finanzielle Mittel seien ebenfalls über den Etat des Ortsbeirates bereitzustellen.

### Anwohnerbeteiligung am Schlaatz

Gemeinsam hatten die am Schlaatz beheimateten Wohnungsunternehmen mit lokalen Akteuren, Verwaltung und Politik im Oktober in einer dreitägigen "Visionenwerkstatt" Ideen für die weitere Entwicklung des Wohngebietes entwickelt. Dr. Sigrid Müller (DIE LINKE) wollte nun wissen, ob und in welcher Weise die Anwohner\_innen selbst in die weiteren Prozesse und späteren Entscheidungsfindungen einbezogen werden können und sollen. Der Baubeigeordnete Bernd Rubelt antwortete, dass die "Visionenwerkstatt" eine Initiative der Wohnungswirtschaft gewesen sei. Sie habe primär eben auch Visionen gesammelt. Sobald konkrete Planungsprozesse beginnen, würden diese auch mit der entsprechenden Bürgerbeteiligung durchgeführt. Diese finde dann ebenfalls in Regie der Wohnungsunternehmen statt.

## Beschlossen

### Fortführung des Frühstücksangebots der „Spirellibande“

Zum Schuljahr 2017/18 startete ein städtisch finanziertes Modellprojekt zur kostenlosen Frühstücksvorsorgung an Potsdamer Schulen. Es koexistiert nun mit der auf ehrenamtlichem Engagement und Spenden basierenden "Spirellibande" der AWO, aus deren Erfahrungen heraus es überhaupt ins Leben gerufen wurde. Diese Situation führt zu Problemen, da sich Sponsoren unter Verweis auf das städtisch finanzierte Projekt zurückziehen drohen oder schon zurückgezogen haben. Klar ist, dass ein dauerhaftes Nebeneinander der zwei unterschiedlichen Konzepte im selben Aufgabenfeld nicht funktionieren kann. Der Empfehlung des Bildungs-Ausschusses folgend beschlossen die Stadtverordneten deshalb auf Antrag der LINKEN, dass der OB ein Konzept vorlegen soll, wie das Angebot der "Spirellibande" dauerhaft gesichert werden kann. Termin für die Berichterstattung ist der Januar 2018.

### Skateranlage unter der Schnellstraße

Seit der Schließung der Skaterhalle in der Kurfürstenstraße haben Potsdams Rollsportler keine überdachten Sportflächen mehr zur Verfügung. DIE LINKE hat nun in einem Antrag eine Idee der Jugendlichen aufgenommen. Wie Hans-Jürgen Scharfenberg sagte, soll die Einrichtung einer Anlage auf einer ungenutzten Fläche unter der Nuthe-Schnellstraße an der TRAM-Haltestelle Alt-Nowawes geprüft werden. Diese befindet sich im Gegensatz zu früheren Annahmen in städtischem Besitz und könne daher genutzt werden. Der Baubeigeordnete Bernd Rubelt sagte eine Prüfung bis März 2018 zu. Mit der geänderten Terminstellung wurde der Antrag beschlossen.

### Evaluierung Verkehrskonzept Gartenstadt Drewitz

An der Umgestaltung des Wohngebietes Drewitz zur "Gartenstadt" sind die Bewohner\_innen seit 2009 intensiv beteiligt worden. 2012 beschloss die SVV eigens ein Konzept zur Bürgerbeteiligung für diesen Prozess. In diesem Konzept war auch die Evaluierung und ein Fortschreibungsturnus festgelegt. Nach der weitgehenden Umsetzung des Konzeptes bilden vor allem die Verkehrsführung und die Neuordnung des ruhenden Verkehrs Schwerpunkte der Diskussion im Stadtteil, wie Jana Schulze (DIE LINKE.) bei der Einbringung des Antrags ausführte. Zumindest für dieses Themenfeld sollte deshalb nunmehr zügig eine

Evaluation unter Einbeziehung der DrewitzerInnen stattfinden. Bernd Rubelt räumte ein, dass die Verwaltung bei der Durchführung der Evaluationsprozesse im Verzug sei. Dem Anliegen des Antrags stehe man deshalb abgeschlossen gegenüber. Die Stadtverordneten folgten seiner Anregung und beschlossen den Antrag - allerdings mit einer Berichterstattung erst im Januar 2019.

Abfallgebührensatzung 2018

Der Versuch der LINKEN., künftig die leerrungsbezogene Abrechnung zum Grundsatz der Gebührenerhebung zu machen scheiterte im Plenum. Ralf Jäkel begründete seinen Änderungsantrag damit, dass bereits jetzt alle notwendigen Daten von der STEP erfasst würden und damit auch alle Leerungen eindeutig einem Gebührenzahler zugeordnet werden könnten. Die Verwaltung entgegnete, dass die Umstellung des Abrechnungssystems auch erhebliche Auswirkungen auf die Tourenplanung habe. Die Umstellung sei derzeit für 2020 vorgesehen. Die Prüfung eines Vorziehens auf 2019 sagte der zuständige Beigeordnete Mike Schubert aber zu. Die Gebührensatzung wurde mehrheitlich bestätigt.

## Überwiesen

### Vereinsheim Fortuna Babelsberg

Die dringend erforderliche Sanierung und Erweiterung des Vereinsheims von Fortuna Babelsberg auf der Sportanlage am Stern müsse für den kommenden Doppelhaushalt eingeplant werden, forderte Hans-Jürgen Scharfenberg (LINKE.) bei der Einbringung dieses Antrags. Eindrucksvoll schilderte auch der stellvertretende Vereinsvorsitzende Gerd Lassmann, die schwierigen Zustände in dem viel zu kleinen und überdies maroden Gebäude. Die Diskussionen zum Zustand der ehemaligen Bauarbeiterbaracke laufen schon längere Zeit. Bei der Gesamtsanierung der Sportanlage war das Gebäude dennoch nicht berücksichtigt worden. Von der Stadt alternativ ins Spiel gebrachte Finanzierungen über Fördermittel hatten sich als nicht tragfähig erwiesen, da der Verein nicht Eigentümer weder des Gebäudes noch des Grundstückes ist. Mit Reparaturmaßnahmen ist dem Verein auch nicht geholfen - nötig ist die Schaffung zusätzlicher Kabinen- und Lagerräume. Diesen Bedarf sieht im Grundsatz auch die Verwaltung. Die Bildungsbeigeordnete Noosha Aubel forderte den Verein auf, ein entsprechendes Konzept vorzulegen. Die erforderlichen Planungsmittel veranschlagte der KIS mit 30.000 - 50.000 Euro. Das weitere Vorgehen soll nunmehr im Ausschuss für Bildung und Sport sowie im KIS-Werksausschuss beraten werden.

## Kita-Elternbeitragsatzung rechtswidrig

*Stadt muss schnellstmöglich Rechtssicherheit schaffen*

Bei der Aufstellung der aktuellen Elternbeitragsatzung für die Potsdamer Kitas, die seit dem 1.1.2016 gilt, hat die Stadt gegen geltendes Recht verstoßen. Nach einem entsprechenden Vortrag des Kita-Elternbeirates in der Oktober-Sitzung des Jugendhilfe-Ausschusses informierte der Sozialbeigeordnete Mike Schubert am 07. November parallel Stadtverordnete, die Potsdamer Kita-Ausschüsse und -träger sowie die Öffentlichkeit. Stefan Wollenberg (DIE LINKE) forderte eine zügige Klärung. Es sei zu begrüßen, dass die Verwaltung ihren Fehler eingestehe. Es müsse aber klar sein, dass man auch die Folgen trage und nach der Herstellung einer rechtskonformen Grundlage zu viel gezahlte Beiträge von der Stadt an die Träger und von diesen an die Eltern zurückgezahlt würden. Niemand dürfe dafür auf den Klageweg gezwungen werden. Zumal die Potsdamer Eltern in der speziellen Situation sind, dass sie den Träger, der jeweiligen Kita verklagen müssten, der die Beiträge auf Grundlage der städtischen Satzung, aber auf eigene Rechnung einzieht. Grund für den Ärger ist die Tatsache, dass die Stadt die umlagefähigen Kosten zu hoch angesetzt hat. Das heißt, sie hat auch Zuschüsse in die Platzkosten eingerechnet, die nicht auf die Eltern umgelegt werden dürfen. Das führt dazu, dass Eltern in allen Gebührenstufen anteilig zu hohe Beiträge gezahlt haben. Unklar ist derzeit noch, wieviel genau zuviel gezahlt wurde. Mike Schubert hat zugesichert, dass die Stadt nach Klärung der Rechtsgrundlage gemeinsam mit den Potsdamer Kita-Trägern auch ein Verfahren zur Rückzahlung der überzahlten Beiträge auf den Weg bringen werde. Die zuständige Arbeitsgruppe mit Vertretern aus Verwaltung, Trägern, Eltern und Politik trifft sich erstmals am 22.11.2017.



### Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Raum 3.107; Beginn jeweils  
18 Uhr

20. und 27. November 2017; 04. und 18.  
Dezember 2017

### 35. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Stadthaus, Plenarsaal

06. Dezember 2017, Beginn 15 Uhr

### Frühschoppen Rathausreport Live

10. Dezember 2017, Beginn 10 Uhr

Bürgertreff Waldstadt II (BIWA)

Saarmunder Straße 44

### Ausgabe

#### des „Rathausreport“ Nummer 08/2017

Stadthaus, Raum 3.107

15. bis 19. Dezember 2017 (außer Sa. und  
So.)

### Info- Stände in den Stadtteilen

15. und 16. Dezember 2017

Mit der Ausgabe des „Rathausreport“  
und Informationen zu den Ergebnissen  
der 35. Sitzung der Stadtverordnetenver-  
sammlung am 06. Dezember 2017

### Bürgersprechstunde

#### Dr. Hans- Jürgen Scharfenberg (Mdl) und Fraktionsvorsitzender

Am 28. November 2017 um 17 Uhr

Im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39 (Bür-  
gerhaus Stern\*Zeichen)

Voranmeldungen

sind möglich unter: Tel: 0331/6005069

Mail: buero.scharfenberg@gmx.de

## Rücksicht kommt an

Die interessierten Gäste des Rathausreports kamen an diesem Sonntag in das Konsum-Café am Kino "Thalia" in Babelsberg. Als Gesprächspartner standen neben dem Fraktionsvorsitzenden Hans-Jürgen Scharfenberg auch die Stadtverordneten Michél Berlin, Sigrid Müller und Stefan Wollenberg aus der Linksfraktion zur Verfügung.

Hans-Jürgen Scharfenberg umriss in seinem Bericht aus dem Plenum die wichtigsten Entscheidungen. Ein aus linker Sicht schlimmer Präzedenzfall wurde mit dem Beschluss eines B-Plans zur Villa Jakobs am Jungfersee



geschaffen. Ein dort befindliches, ursprünglich als öffentliche Grünanlage ausgewiesenes Grundstück wurde von der Stadt an den Privateigentümer der Villa veräußert. Dieser will dort das historische "Hippodrom" wieder herstellen, allerdings im Gegenzug der Öffentlichkeit nur noch an 12 Tagen jährlich Zugang gewähren. DIE LINKE hatte sich dafür eingesetzt, eine überwiegende öffentliche Nutzung weiter sicherzustellen. Diese Art der "Privatisierung durch die Hintertür" darf keine Schule machen in der Stadt! Um einen weiteren öffentlichen Zugang - nämlich den zum Park Sanssouci ging es in einer weiteren Entscheidung. Einem Vorschlag der Verwaltung folgend, soll der Oberbürgermeister mit der Schlösserstiftung die Beibehaltung des freien Park- eintritts verhandeln. Ggf. ist die Stadt dazu bereit, dafür auch die bisherigen Zahlungen

von bis zu 1 Mio. g jährlich aufrecht zu erhalten. Die aktuelle Vereinbarung läuft 2018 aus. CDU und SPD schlugen vor, in diesem Fall auch den Eintritt in den Volkspark abzuschießen. Das unterstützt DIE LINKE. natürlich gern. Überraschend ist der Vorstoß dennoch, hatten doch die Antragsteller erst vor 2 Jahren eine Erhöhung des dortigen Eintritts durchgesetzt. Nun soll in den Ausschüssen noch einmal beraten werden. Beschlossen wurden in der letzten Sitzung auch ein neuer Taxi-Tarif, der den Taxifahrern den Mindestlohn sichern soll, sowie die Straßenreinigungs- und Winterdienst-Satzung für 2018, bei denen es aber keine gravierenden Änderungen gab.

In der anschließenden Diskussion sprachen die Gäste zunächst Probleme mit dem zunehmenden Radverkehr in der Stadt und dem ihrer Meinung nach rücksichtslosen Verhalten vieler Radfahrer an. Ein Besucher forderte strengere Regeln und mehr Kontrollen. Michél Berlin machte deutlich, dass es ein ausreichendes

Regelwerk gebe, man müsse darauf hinwirken, dass alle Verkehrsteilnehmer dieses auch einhalten. Hans Jürgen Scharfenberg machte darauf aufmerksam, dass die Zunahme des Radverkehrs zu begrüßen sei, entlaste sie doch die Stadt und trage zur Verbesserung der Luftqualität für alle bei. Allerdings sei die Schaffung guter Bedingungen die Voraussetzung für ein sicheres Miteinander in der Stadt. Mitglieder des Vorstandes des Garagenvereins am Hans-Grade-Ring erkundigten sich angesichts des 2018 auslaufenden Garagenkonzepts und möglicher Baupläne am Stern nach der Perspektive für ihre Anlage. Hans-Jürgen Scharfenberg bot an, im I. Quartal 2018 ein Gespräch mit der Verwaltung zu vermitteln, um zumindest eine fünfjährige Verlängerung des Bestandsschutzes ggf. aber auch eine dauerhafte Sicherung zu erreichen.

# RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

Vi.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen  
Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE-Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81,  
14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19

Druck: DRK-Behindertenwerkstätten gGmbH Potsdam